

Bürgerinitiativen zum Ausbau der Stromnetze

**Transparenz und Beteiligung in allen Planungsphasen
Moratorium zur Betrachtung der Gesamtbelastung nutzen
Einrichtung eines länderübergreifenden „Netzforums“**

Die Sprecherversammlung der niedersächsischen und nordhessischen Bürgerinitiativen entlang der Höchstspannungsverbindung Wahle – Mecklar begrüßt, dass im Koalitionsvertrag der CDU, CSU und SPD auf Bundesebene Aussagen zum Ausbau des Stromnetzes gemacht wurden, insbesondere zur Bürgerbeteiligung (Akzeptanz) und zu den Übertragungstechniken.

Südniedersachsen und Nordhessen sind aufgrund der Energiewende mit dem weiteren Ausbau des Stromnetzes durch neue Höchstspannungsverbindungen besonders betroffen:

nach Bundesbedarfsplangesetz 2013 (BBPIG):

im Korridor „C“

- 500 kV HGÜ-Leitung Brunsbüttel – Großgartach / (BBPIG – Vorhaben Nr. 3)
- 500 kV HGÜ-Leitung Wilster - Grafenrheinfeld / (BBPIG – Vorhaben Nr. 4)

parallel zu Korridor „C“

- 380 kV Dreh-Wechselstromleitung: Mecklar – Grafenrheinfeld (BBPIG – Vorhaben Nr. 17)

Korridor „C“ mit Korridor „D“ verbindend

- 380 kV Dreh-Wechselstromleitung: Vieselbach – Eisenach – Mecklar (BBPIG – Vorhaben Nr. 12)

nach Energieleitungsausbaugesetz 2009 (EnLAG), aber noch in Planung:

weitgehend parallel zu Korridor „C“

- 380 kV Dreh-Wechselstromleitung: Wahle – Mecklar / (EnLAG – Vorhaben Nr. 6)

Nach den Vorstellungen der Übertragungsnetzbetreiber im Netzentwicklungsplan 2013 ist im Korridor „C“ des Bundesbedarfsplans eine **3. HGÜ-Leitung von Nord- nach Süddeutschland** geplant

- Kreis Segeberg – Goldshöfe/Aalen
Diese 3. Leitung ist beantragt, allerdings noch nicht von der Bundesnetzagentur bestätigt.

Der Korridor „C“ trägt die Bezeichnung SUED.LINK¹ und ist im Zusammenhang mit der Energiewende Deutschlands größtes Energieinfrastrukturprojekt.

¹ nach einer Presseerklärung der TenneT TSO GmbH vom 24.10.2013

Nach dem NABEG werden die Trassenkorridore für die HGÜ-Leitungen im Rahmen der Bundesfachplanung ermittelt und letztlich von der Bundesnetzagentur festgelegt. Die Festlegung der Trasse ist für das spätere Planfeststellungsverfahren bindend, abweichend vom Verfahren für Wahle – Mecklar nach EnLAG.

Die Bundesnetzagentur und die Übertragungsnetzbetreiber arbeiten im Vorfeld der Planung mit den Ländern eng zusammen, um mögliche Trassenkorridore ausfindig zu machen.

- **Mehr Transparenz und Beteiligungsmöglichkeiten schaffen**

Wir Bürgerinitiativen fordern, dass die Planung unter frühzeitiger Beteiligung der breiten Öffentlichkeit **in allen Phasen transparent** offengelegt und verhandelt wird.

Die Bundesnetzagentur und die Übertragungsnetzbetreiber haben uns zugesichert, die Öffentlichkeit bereits im Vorfeld des Antragsverfahrens für die künftigen Maßnahmen (informell) einzubinden, die Abwägungsentscheidungen für die gewählten Trassenführungen transparent darzustellen und die Trassenkorridore mit Varianten frühzeitig zu publizieren.

Die Maßnahme 4 des BBPIG Wilster – Grafenrheinfeld ist im Bundesbedarfsplangesetz als Pilotprojekt für HGÜ-Erdkabel ausgewiesen. Es interessiert uns insbesondere, wie sich die Landesregierungen/-verwaltungen bei den bisherigen Vorplanungen positioniert haben – insbesondere auch, ob und wie weit Erdkabelabschnitte ernsthaft verfolgt werden.

- **Betrachtung der Gesamtbelastung**

Bei einer Zusammenhangsbetrachtung fällt auf, dass die oben genannten Trassen im Ergebnis über weite Strecken parallel verlaufend zu bestehenden und/oder geplanten Hoch- und Höchstspannungsleitungen errichtet werden sollen.

Daher fordern wir die Bundesnetzagentur, die Landesregierungen in Niedersachsen und Hessen und die Netzbetreiber auf, einerseits zu prüfen, ob diese Planung von Parallel-Leitungen (AC/DC) stärker gebündelt werden und ob hierbei nicht noch mehr innovative Technik zum Einsatz kommen und dabei Synergie genutzt werden kann. Andererseits müssen aber auch Grenzen der Bündelungsbelastung definiert werden. Letztlich bietet sich in diesem Korridor eine Pilottrasse für Erdkabel für eine nachhaltige Studie an.

Weiter fordern wir, das vom bayerischen Ministerpräsidenten eingeführte Moratorium auch dazu zu nutzen, um zu berechnen, ob neben den Trassen über SUED.LINK die Trassen des sogenannten „Startnetzes, soweit sie sich noch im Planungsstadium befinden (wie z. B. die Trasse Wahle – Mecklar – Grafenrheinfeld), überhaupt noch erforderlich sind.

- **Einrichtung eines länderübergreifenden Netzforums**

Wir fordern nachdrücklich die Koalitionsparteien in Niedersachsen und Hessen auf, das Thema Netzausbau in Verbindung mit Erdkabelpilotprojekten und mehr Bürgerbeteiligung (über die formalen Verfahrensstufen hinaus) in ihre Regierungsarbeit zu übernehmen, um eine größere Akzeptanz für den Netzausbau zu erreichen – und damit die Arbeit der Bundesnetzagentur in der Region nachhaltig zu unterstützen.

Da die Länder nicht unmittelbarer Entscheidungsträger sind, würde sich ein gemeinsames **Netzforum** unter Federführung der Länder anbieten.